



Ostermarsch 2026 Sonderausgabe

DAS ROTE TAGBLATT

Ostermarsch

Zeitung der DKP-Darmstadt-Dieburg-Bergstraße

Aktuelles Thema

**Es ist an der Zeit, dass
die Welt Kuba vertei-
digt!**

Es ist so zynisch wie pervers: Weil Donald Trumps mordende Soldateska voll damit ausgelastet ist, Mädchenschulen und andere zivile Objekte im Iran zu bombardieren, können sich der US-Präsident und sein Außenminister Marco Rubio nach eigenen Angaben derzeit noch nicht auf die Erledigung Kubas konzentrieren. ...

Seite 2



Erklärung der DKP zum Missbrauch des „Sondervermögens Infrastruktur“

Wo bleiben die Milliarden?

Nur wenige dürften von dieser Nachricht überrascht sein: Die Bundesregierung nutzt das sogenannte „Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität“ nicht für Investitionen in die zivile Infrastruktur oder den Klimaschutz. Stattdessen soll das Geld zum Stopfen von „Haushaltslöchern“ verwendet worden sein, so der Vorwurf von zwei Wirtschaftsinstituten.

Woher diese „Haushaltslöcher“ kommen, ist den großen Medien und der Politik keine Silbe wert. „Es ist doch offensichtlich, was hier passiert“, sagt Patrik Köbele, Vorsitzender der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). „Wenn Merz die Bundeswehr zur ‚stärksten konventionellen Armee Europas‘ machen will, wenn bald der halbe Bundeshaushalt in Krieg und Hochrüstung fließen soll und wenn zu diesem Zweck 850 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen werden, dann weiß wirklich jeder, was sich hinter den ‚Haushaltslöchern‘ verbirgt.“

In der öffentlichen Debatte spielen die Kriegstreiberei und die staatlich finanzierten milliardenschweren Gewinne der Rüstungsindustrie jedoch keine Rolle. Stattdessen wirft die Opposition im Bundestag der Regierung nur harmlose „Unehrlichkeit“ bei der Verwendung staatlicher Mittel vor. Das gehe an der Sache vorbei, so Köbele: „Einerseits haben solche ‚Sondervermögen‘ doch gar keinen anderen Zweck, als Geld am Haushaltsplan und an der öffentlichen Kontrolle vorbeizuleiten und die dafür aufgenommenen Schuldenberge zu verschleiern. Andererseits wurde das ‚Sondervermögen Infrastruktur‘ gemeinsam mit den Kriegskrediten beschlossen und war eng mit dem Ausbau militärisch nutzbarer Infrastruktur verknüpft. Es war also von Anfang an klar, dass damit keine Schulteilien saniert, Turnhallen gebaut oder der Nahverkehr verbessert werden.“

Aber gerade solche Investitionen sind

bitter notwendig. Um auf den Abbau von Daseinsvorsorge und den damit verbundenen sozialen Kahlschlag aufmerksam zu machen, hat die DKP gemeinsam mit der Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder“ die Aktion „Wo bleiben die Milliarden?“ initiiert. Mithilfe von Aufklebern, Plakaten und einer digitalen Karte sollen die Orte des Verfalls sichtbar gemacht werden. „Wir müssen vor jedem heruntergekommenen Schulgebäude, an jeder geschlossenen Bibliothek und jeder verwaisten Bushaltestelle darauf hinweisen, dass die Milliarden für unsere Bedürfnisse fehlen, weil sie in Hochrüstung, Rekrutierung und in die Taschen der Rüstungskonzerne fließen“, so Köbele. „Das verprasste ‚Sondervermögen‘ hat nichts mit Fehlbuchungen oder politischem Ungeschick, aber alles mit der Vorbereitung eines großen Krieges zu tun.“

Die DKP ruft dazu auf, sich an der Aktion „Wo bleiben die Milliarden?“ zu beteiligen. Eine Anleitung dafür gibt es unter: nie-wieder-krieg.org/wo-bleiben-die-milliarden/



Impressum



DKP Darmstadt * Dieburg * Bergstraße

Linkstreff Georg Fröba

Landgraf-Philipp-Anlage 32

64283 Darmstadt

Tel.: +49 6151 788407

Fax: +49 6151 788406

eMail: info@dkp-darmstadt.de

URL: <http://www.dkp-darmstadt.de>

Spendenkonto:

DKP KREISORGANISATION DARMSTADT
IBAN DE55 5085 0150 0018 0093 40
(BIC HELADEFIDAS)

V.i.S.d.M./P.:

Bernd Blümmel, Limesstraße 10
64625 Bensheim

Während die USA den Druck auf die sozialistische Insel erhöhen, wächst die Solidarität

Es ist an der Zeit, dass die Welt Kuba verteidigt!



Quelle: SDAJ

Es ist so zynisch wie pervers: Weil Donald Trumps mordende Soldateska voll damit ausgelastet ist, Mädchenschulen und andere zivile Objekte im Iran zu bombardieren, konnten sich der US-Präsident und sein Außenminister Marco Rubio nach eigenen Angaben Ende März noch nicht auf die Erledigung Kubas konzentrieren. Ihren Würgegriff erhielten sie aber unvermindert aufrecht. Die USA erwarteten, dass Kuba ihren Forderungen in den – mit vorgehaltener Waffe geführten – Gesprächen nachgibt, um die größte Not der Bevölkerung zu mildern. Die verschärfte US-Blockade führte am 20. März erneut zu einem landesweiten Stromausfall.

Doch wie in all den 66 Jahren seit dem Sieg ihrer Revolution wehren sich die Kubanerinnen und Kubaner dagegen, wieder zur Kolonie und zum Bordell wohlhabender US-Bürger zu werden. Und sie sind nicht allein. Kuba kann auf Unterstützer aus aller Welt zählen, die den 21. März zum „Internationalen Tag der Solidarität mit Kuba“ erklärt haben. In zahlreichen Städten wurde zu Aktionen und Kundgebungen gegen die US-Blockade aufgerufen. Zugleich wurde in Havanna die Ankunft des Internationalen Solidaritätskonvois „Nuestra América“ erwartet, der Lebensmittel, Medikamente, medizinische Hilfsgüter und Ausrüstung zur Energieversorgung auf die von den USA erpresste Karibikinsel brachte. Zu den Unterstützern gehörte auch die schwedische Aktivistin Greta Thunberg, die in einem Instagram-Video erklärte: „Kuba hat nicht geschwiegen, als die Welt seine Solidarität brauchte, und jetzt ist es an der Zeit, dass die Welt Kuba verteidigt.“

Nachdem Kuba die Gespräche mit den USA bestätigt hatte, drohte Trump am: „Ich glaube, dass wir bald eine Einigung

erzielen oder das tun, was wir dann tun müssen.“ Am Montag darauf legte er nach. Er glaube, dass er „die Ehre haben werde“, Kuba „in irgendeiner Form zu übernehmen oder zu befreien“. Da es allerdings bislang weder größere Unruhen noch Sympathiebekundungen für Washington oder Forderungen nach einem Regime-Change gab, versucht man seit Jahresanfang, nachzuhelfen. Anfang März schnappten zum Beispiel kubanische Sicherheitskräfte zehn aus Panama eingereiste Personen, die in Kuba Plakate mit Protestaufrufen kleben sollten. Dafür waren ihnen pro Person zwischen 1.000 und 1.500 US-Dollar geboten worden. Nur wenige Tage zuvor hatte die Küstenwache ein aus den USA kommendes Schnellboot aufgebracht, das in kubanische Gewässer eingedrungen war. An Bord des mit Kriegswaffen und Sprengsätzen vollgepackten Bootes waren zehn schwerbewaffnete Männer, die sofort auf die Grenzschützer feuerten. Ihr Plan sah vor, „Aufstände anzuzetteln, Militäreinheiten anzugreifen und weitere Gewaltakte zu verüben“, gestanden die gefassten Täter.

Mitte März schließlich schien die Saat der Gewalt aufzugehen. Bei einem zunächst friedlichen Protest gegen Stromausfälle in der Stadt Morón stürmte eine kleine gewaltbereite Gruppe das örtliche Büro der Kommunistischen Partei (PCC), warf Möbel und Akten auf die Straße und setzte sie in Brand. Für Trump und die Contreras in Miami kam das wie bestellt, und als willkommene Begleitung der Verhandlungen im Würgegriff. Die DKP versicherte ihrer Schwesterpartei in einem Schreiben, dass sie „in dieser Situation nicht nur ihre politische Solidarität verstärken wird, sondern auch die Spendensammlung für die PCC fortführt. Die DKP hat in wenigen Wochen mehr als 70.000

Euro für die PCC gesammelt. „Die Provokationen der letzten Tage sollen eure Partei treffen, die für den Zusammenhalt des sozialistischen Kuba, für den Aufbau einer gerechten Gesellschaft unabdingbar ist“, erklärte dazu Renate Koppe, Internationale Sekretärin der DKP.

Das sozialistische Kuba braucht unsere Hilfe!

DKP-Parteivorstand

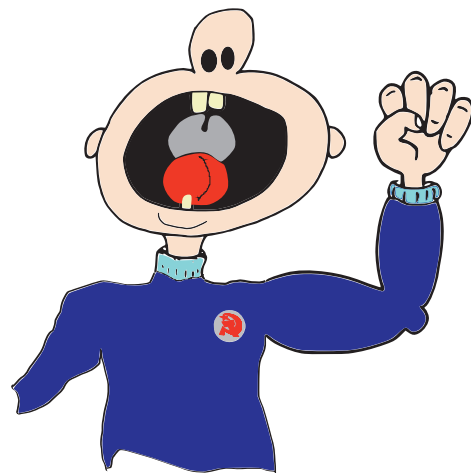
Sparkasse Essen

BIC: SPESDE33XXX

IBAN: DE21 3605 0105 0003 6306 13

Stichwort: PCC

Kriegsdienst?



Nein Danke!

Die Bundeswehr verschickt Fragebögen zur Wehrrfassung, DKP und SDAJ organisieren Beratungen für Kriegsdienstverweigerer (KDV).

Dir ist der Fragebogen ins Haus geflatet und Du hast so gar kein Interesse, dein Leben und deine Gesundheit für die imperialistischen Räuber der "Westlichen Wertegemeinschaft" auf's Spiel zu setzen? Schau mal unter <https://www.dkp-darmstadt.de> nach.

Dort findest Du aktuelle Infos zu unserer Beratung für Kriegsdienstverweigerer, die wir gemeinsam mit dem revolutionären Jugendverband SDAJ anbieten werden.